

Der Vollzugsdienst

1/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**60. dbb Jahrestagung in Köln:
Wir schaffen das –
wer denn bitte sonst ?**

Deutschland ohne öffentlichen
Dienst nicht vorstellbar

Seite 1

**Einrichtung für Abschiebungs-
haft: JVA Eichstätt –
Ein anderer Vollzug**

Unterbringung von Ausreisepflich-
tigen ist eine Herausforderung

Seite 15

**Koalitionsvertrag 2019 – 2024:
Wo geht es hin für den
hessischen Justizvollzug ?**

Justizministerin Eva Kühne-Hörmann
im Amt bestätigt

Seite 33

**Die Probleme im Justizvollzug sind mit
dem Jahreswechsel nicht verschwunden –
der BSBD kämpft weiter für
Verbesserungen der Situation
der Kolleginnen und Kollegen !**

Foto: © paulmz/AdobeStock



HAMBURG



SACHSEN



THÜRINGEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gesundes und frohes neues Jahr wünscht die BSBD Bundesleitung unseren Kolleginnen und Kollegen
- 2 60. dbb Jahrestagung in Köln: Wir schaffen das – wer denn bitte sonst?
- 3 100 Jahre dbb – Hundert Jahre und doch nicht alt
- 4 BSBD Frauenvertretung: 3. Arbeitskreissitzung vom 30.11. – 02.12.2018 in Berlin
- 5 Forderungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Einkommensrunde 2019
- 6 2. Bundesseniorenkongress – Anträge des BSBD
- 7 Die Fachzeitschrift „Vollzugsdienst“ war Seminarthema

LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 17 Berlin
- 21 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 41 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 62 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2019:



16. April 2019

Mitglieder der AG Sozial Dienst sprachen mit Minister Mertin

AG dankt für die positive Entwicklung im Hinblick auf die im Haushalt ausgewiesenen Beförderungsstellen

Anlass für das Gespräch war ein gemeinsamer offener Brief der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialen Dienste im Vollzug (LAG) und dem BSBD im Februar des Jahres, in dem die aktuellen Probleme ausführlich schriftlich dargelegt wurden.

Insbesondere der Stellenkegel und der daraus resultierenden Beförderungssituation sowie die Auswirkung der Dokumentationspflichten waren der überwiegende Inhalt des Schreibens.

Die Reaktion des Ministers: eine Einladung zur Erörterung ins Ministerium. Wegen terminlichen Schwierigkeiten und der Tatsache, dass die AG Mitglieder das Ergebnis der Umfrage innerhalb der Laufbahn abwarten wollten, kam der Termin erst Ende Dezember zustande. An dem Gespräch nahmen neben Minister **Herbert Mertin** auch der Abteilungsleiter der Abteilung 5 beim Ministerium der Justiz Herr **Dr. Hund** teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde bedankten sich zunächst die Teilnehmer der AG für die positive Entwicklung im Hinblick auf die im Haushalt ausgewiesenen Beförderungsstellen. Kollege **Enders** wies noch einmal auf die nicht sehr günstige Beförderungssituation der letzten Jahre hin, umso mehr sei der jetzt eingeschlagene

Weg richtig. Im Anschluss berichtete der BSBD Fachgruppenvertreter der Laufbahn Kollege **Hagen Paulus**, über die Veränderungen in der Basisarbeit. **Paulus** brachte seine Erfahrungen aus 25-jähriger Berufserfahrung ein. Mehr Zeit sei notwendig um die tägliche Arbeit zu erledigen. Viele Tätigkeiten haben sich im Laufe der Jahre verändert.

Die Arbeit sei nicht weniger geworden eher wesentlich mehr. Die Vorsitzende der LAG, Kollegin **Birgit Genzlinger**, wies noch einmal auf die Notwendigkeit von Standards hin. Nach Aussage des Ministeriums soll durch vermehrte Inanspruchnahme von Basis Webs mehr belastbares Zahlenmaterial zur Verfügung stehen. ■



Von rechts nach links: Kollege Enders, Kollegin Grill, Dr. Hund, Minister Mertin, Kollege Paulus, Kollege Oschmann, Kollegin Genzlinger. Foto: BSBD RLP

Werkdienst und Werkaufsichtsdienst wollen Verbesserungen

Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Elfriede Meurer, CDU, geplant



Von rechts nach links: Koll. Gebert, Conrad, Ruf, Müller, Klein, Ott und Retagne. Foto: BSBD RLP

Die BSBD Arbeitsgruppe traf sich zu Beginn des Jahres, um ihre weitere Arbeit im Interesse der Laufbahngruppe Werkdienst und Werkaufsichtsdienst zu erörtern und zu

planen. Zunächst ist ein Gespräch mit der Landtagsabgeordneten der CDU **Elfriede Meurer** geplant. Frau **Meurer** ist Mitglied der Strafvollzugskommission (stellv. Vorsitzende) und sehr an

Vollzugsthemen interessiert. In dem Gespräch soll es insbesondere um die Auswirkungen der Abschaffung der Arbeitspflicht gehen. Aber auch die personellen Probleme des Justizvollzuges in Rheinland-Pfalz, die sich auch extrem negativ auf den Bereich der Arbeit im Vollzug auswirken, sollen thematisiert werden.

Die Arbeitsgruppe kritisierte auch die Änderungen in der unter dem Namen „Schulerliste“ bekannten Auflistung der Zulagefunktionen.

Hier wurde die Funktion des Leiters oder Leiterin eines großen Unternehmerbetriebes nicht mehr aufgenommen. Die Laufbahnangehörigen haben den Eindruck gewonnen, dass sich die Beförderungssituation für die Laufbahnangehörigen eher verschlechtert als verbessert.

Die Arbeitsgruppenmitglieder werden sich weiterhin für ihre Laufbahnkolleginnen und Kollegen – auch aus dem Werkaufsichtsdienst – einsetzen. ■



Peter Gerhards (25 Jahre), Georg Steffens (25 Jahre), Hans Joachim Weiler (25 Jahre), Stefanie Kohl (25 Jahre), Ortsverbandsvorsitzender Stefan Wagner, Hans-Peter Steffes (25 Jahre), Ralf Walter (25 Jahre), Jochim Demps (45 Jahre), Heinz Dellinger (45 Jahre), Josef Mehrfeld (55 Jahre), Landesvorsitzender Winfried Conrad.
Foto: BSBD RLP

BSBD Ortsverband Wittlich informierte

Zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt

Ende Oktober hatte der Ortsverbandsvorstand zur turnusgemäßen Jahreshauptversammlung eingeladen. Eine stattliche Anzahl aktiver und pensionierter Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf der Gewerkschafter.

Nach kurzer Begrüßung und Gedenken an die verstorbenen Mitglieder durch den Ortsverbandsvorsitzenden **Stefan Wagner** wurde zügig in die Tagesordnung eingestiegen. **Wagner** erstattete in Abwesenheit des Schriftführers den Geschäftsbericht für das laufende Jahr.

Viele Mitglieder des OV hatten die Möglichkeit, an Veranstaltungen des Landes- und Bundesverbandes teilzunehmen. Auch die Wittlicher BSBD-Personalratsmitglieder werden regelmäßig geschult.

Im Anschluss erstattete der Schatzmeister des OV, **Walter Junk**, seinen

Kassenbericht. Die Finanzlage des größten rheinland-pfälzischen Ortsverbandes sei sehr solide, so der Kassenchef. Eine ordentliche Kassenführung bescheinigten die Kassenprüfer.

Landesvorsitzender **Winfried Conrad** berichtete über die aktuelle Lage im Justizvollzug des Landes. Er konzentrierte sich insbesondere auf die anstehenden Haushaltsberatungen. Die von der Landesregierung geplanten Verbesserungen der Beförderungsmöglichkeiten, mehr Ausbildungsplätze für den AvD und auch die Anhebung der Gitterzulage 2020 seien zu begrüßen. Nach einer langen Zeit des Stillstandes sei dies „ein Silberstreif“ am Horizont. Dennoch gäbe es genug weitere „Baustellen“. Fehlendes Personal in allen Vollzugseinrichtungen, die Zunahme der Gewaltübergriffe auf Bedienstete und die Zahl der verhaltensauffälligen Gefangenen bereitet zunehmend Sorge.

Hier sei zukünftig Handlungsbedarf. Die Einführung eines Drogenscanners im Justizvollzug RLP wird ausdrücklich begrüßt. Die Wittlicher Anstalt war bei diesem Pilotprojekt federführend.

Ehrungen

Anschließend wurden noch viele Kolleginnen und Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.

Peter Gerhards (25 Jahre)
Georg Steffens (25 Jahre)
Hans Joachim Weiler (25 Jahre)
Stefanie Kohl (25 Jahre)
Hans-Peter Steffes (25 Jahre)
Ralf Walter (25 Jahre)
Jochim Demps (45 Jahre)
Heinz Dellinger (45 Jahre)
Josef Mehrfeld (55 Jahre)

Nach einem sehr schmackhaften Büfett endete die gelungene Veranstaltung und die Teilnehmer konnten gestärkt und gut informiert die Heimfahrt antreten. ■



Fachgruppenvertreter des Landesverbandes für Datenschutz, **Stefan Ternes**. Foto: BSBD RLP

Datenschutz in der Gewerkschaft

Seminar informiert über den Umgang mit Daten

Nach Änderung der gesetzlichen Vorgaben in Europa und auf Bundesebene im Bereich des Datenschutzes sah sich der Landesvorstand gefordert, seine Ortsverbandsvorstände zu informieren.

In einem eintägigen Seminar wurden interessierte Vorstände über die Gefahren im Umgang mit Daten informiert. Der Fachgruppenvertreter des Landesverbandes für Datenschutz, **Ste-**

fan Ternes, konnte als fachkundiger Referent gewonnen werden.

Stefan Ternes begann seinen Vortrag mit einem Ausflug in die Geschichte. Schon zu Zeiten von **Hippokrates** gab es Ansätze zum Schutz persönlicher Daten.

Kurzweilig und sehr interessant informierte der Fachmann über die aktuelle Rechtslage beim Datenschutz. Dabei stand der Datenschutz bei der Gewerkschaftsarbeit im Mittelpunkt. ■



Die Seminargruppe.

Foto: BSBD RLP

Psychischer Belastungsdruck bei der Arbeit im Strafvollzug

Probleme der weiblichen Vollzugsbediensteten bei der täglichen Arbeit erörtert

Fast 20 Teilnehmerinnen trafen sich in Königswinter zu einem speziell auf die im Justizvollzug arbeitenden Kolleginnen ausgerichteten Fachseminar.

Schon im vergangenen Jahr wurde ein Seminar zu der Thematik durchgeführt. Der Wunsch der Teilnehmerinnen war, ein weiteres Seminar anzubieten. Nach lockerer Begrüßungsrunde stand der Vormittag unter der Thematik: „Probleme der weiblichen Vollzugsbediensteten bei der täglichen Arbeit.“ Sehr anschaulich und emotional schilderten die Frauen die Anforderungen und

Schwierigkeiten des Berufsalltags. Zwei Probleme standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Zunächst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die zwar von der Landesregierung gefördert wird, aber deren Umsetzung in der Praxis an Grenzen stößt. Hier, so die Frauen, ist das Geschick und Flexibilität der Dienstplanung gefordert.

Der zweite Tag stand im Zeichen „Wir schaffen das! Methoden der Deeskalation und Konfliktvermittlung“ mit Qi Gong & Selbstverteidigung für Frauen. Erneut war es gelungen zwei Profis als Referenten zu gewinnen. **Michael Wa-**

genbach und **Christine Treversin**, beide Bedienstete in der JVA Diez, hatten sich den ganzen Tag über Zeit genommen, um den Seminarteilnehmerinnen kompetent und zielorientiert Wissen und Lösungsansätze zu vermitteln.

Insbesondere wegen der erschreckenden Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft aber leider auch im Justizvollzug sind Gegenmaßnahmen dringend erforderlich.

Alle Teilnehmerinnen waren mit Engagement und hoher Motivation bei der Sache. Am Ende der Veranstaltung wurde der Wunsch nach einem weiteren Seminar zu der Thematik geäußert. ■

Gesundheitsmanagement und Mitbestimmung waren Themen

Schulungen der Personalvertretungen werden 2019 fortgesetzt

An der letzten Personalräteschulung des Jahres nahmen insgesamt 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Personalräten der rheinland-pfälzischen Justiz teil.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden zunächst aktuelle Fälle und Probleme der Personalratsarbeit erörtert. Auch die geplante Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes stand im Fokus der Schulung.

Änderungsbedarf wurde formuliert und soll über die Gewerkschaften und Hauptpersonalräte in die anstehenden Beratungen mit dem Innenministerium einfließen. Weiteres Thema war die Mitbestimmung nach §§ 78 und 79 LPersVG. Einzelne Mitbestimmungstatbestände wurden behandelt und auch in Beispielfällen abgearbeitet.

Der zweite Tag der Schulung stand zunächst im Zeichen des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Der Referent **Ingo Frink** vermittelte in einem

kurzweiligen PowerPoint-Vortrag die wichtigsten Punkte des sehr aktuellen Themas. Die Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss nicht nur im Interesse des Dienstherrn liegen, sondern gehört auch zu den Auf-

gaben der Personalvertretungen. Nachmittags referierte Kollege **Mark Schallmo** über die sonstigen Beteiligungen nach § 84 - 85 LPersVG. Die Schulungen der Personalvertretungen werden im Jahr 2019 fortgesetzt. ■



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der letzten Personalräteschulung 2018.

Foto: BSBD RLP

Der BSBD Rheinland-Pfalz steht hinter der JVA Trier

Trierer Stadtrat hat sich in einer Resolution gegen die Schließung ausgesprochen

Einstimmig, ohne eine einzige Gegenstimme, wurde von den Delegierten ein Antrag verabschiedet, der den Erhalt und Weiterbetrieb der JVA Trier fordert.

Hintergrund für diesen Antrag war die Entscheidung der Landesregierung zu prüfen, inwieweit der Weiterbetrieb der JVA Trier noch rentabel sei. Wegen baulicher Mängel – zur deren Behebung angeblich erhebliche finanzielle Mittel notwendig wären – steht der Standort Trier auf dem Prüfstand.

Als Ersatz für die JVA Trier soll der Altbau der ehemaligen JVA in Wittlich saniert werden und dort über 300 neue Haftplätze entstehen.

Fakt ist, dass wir in Trier eine sehr gut funktionierende Anstalt haben mit einem bisher sehr motivierten Personalkörper. Gäste aus dem Bereich der Politik haben sich bei Besuchen in der JVA davon überzeugen können, wie sich die derzeitige bauliche Situation darstellt. Nach unseren Erkenntnissen konnten sie keine gravierenden Bau-

mängel feststellen. Der Trierer Stadtrat – die großen Fraktionen CDU, SPD und die Grünen – haben sich in einer Resolution gegen die Schließung ausgesprochen. Lediglich die FDP im Stadtrat, Parteifreunde des Justizministers **Mer-**

tin, stimmten gegen die Resolution. Der BSBD Rheinland-Pfalz wird sich mit aller Kraft gegen die Schließung der JVA Trier stellen. Die Kolleginnen und Kollegen in Trier können sich auf unsere Unterstützung verlassen. ■



Die JVA Trier in der Gottbillstraße.

Foto: BSBD RLP

Jahreshauptversammlung des OV Rohrbach

Theo Wannemacher seit 65 Jahren treues Mitglied im Verband

Am 5.12.2018 hatte der BSBD-OV Rohrbach zur Jahreshauptversammlung beim „Stammgriechen“ in Alzey eingeladen.

Knapp ein Viertel der Mitglieder des Ortsverbandes sind der Einladung des Vorsitzenden, **Mark Schallmo**, gefolgt und trugen so dem Gelingen der Versammlung bei.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und zeigte sich erstens sehr erfreut über den Zuspruch zur Veranstaltung, sowie darüber, dass der Ortsverband Rohrbach seine Mitgliedszahl auch in 2018 steigern konnte.

Während seiner Rede über das vergangene Geschäftsjahr verteilte der Vorsitzende schon kleine Präsente an diverse Kolleginnen und Kollegen.

Hier besonders zu erwähnen sind die Kollegen **Wilhelm** und **Benner-Bickelmann**, die in den vergangenen Jahren den Ortsverband Rohrbach als Fachgruppenvertreter im Land repräsentiert hatten. Leider gaben beide ihr Amt auf eigenen Wunsch auf.

Ebenso wurde dem neuen Ehrenmitglied im Landesverband, **Volker Mottausch**, auch von Ortsverbandsseite aus für seine langjährige Tätigkeit gedankt.



Zahlreiche Ehrungen standen auf der Tagesordnung bei der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Rohrbach.

Foto: BSBD RLP

Dann wurde den neuen Mitgliedern des Landesvorstandes Kollegen **Böhme** und **Schallmo** viel Erfolg für die bevorstehende Arbeit gewünscht.

Nach dem Ablegen des Kassenberichtes und dem Bericht der Kassenprüfer wurde – nach Beantragung – der gesamte Vorstand einstimmig entlastet.

Danach wurde die Ehrung der Jubilare vorgenommen. Hier muss, ohne die anderen Ehrungen zu schmälern, einer besonderen Ehrung Rechnung getragen werden. Der Kollege **Theo Wannema-**

cher ist bereits 1953 dem BSBD beigetreten und somit **seit 65 Jahren treues Mitglied im Verband**. Vielen Dank dafür, lieber **Theo**.

Im Anschluss berichtete der neue/alte Landesvorsitzende **Winfried Conrad** über die aktuellen Themen und Neuigkeiten aus der Gewerkschaftsarbeit und der Landespolitik.

Zum Abschluss bedankte sich der Ortsverbandsvorsitzende bei allen für ihr Interesse und erinnerte an die bevorstehenden Neuwahlen in 2019. ■

Weiterhin große Unzufriedenheit im Zweibrücker Justizvollzug

Forderung nach Arbeitsbedingungen, die unter den schwierigen Bedingungen des Berufsfeldes erträglich sind

Die Zweibrücker Vollzugsbediensteten haben die „Schnauze gründlich voll“ und fordern Gerechtigkeit, auch bei der Bezahlung und eine ordentliche Personalausstattung!

Nach wie vor gibt es erhebliche Einkommensrückstände gegenüber anderen Branchen und vor allem gegenüber dem Besoldungsniveau anderer Bundesländer und dem Bund. So listet der **dbb (Deutscher Beamtenbund RLP)** alleine etwa **70 Einzelkürzungsmaßnahmen bei der Beamtenbesoldung** auf, innerhalb der letzten 21 Jahre, von denen sich die Zweibrücker Justizvollzugsbediensteten besonders betroffen fühlen, insbesondere aufgrund ihres gefährlichen Dienstes für die Allgemeinheit, rund um die Uhr im Schichtdienst, bei besonderer Gefahr für Leib und Leben.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des **Deutschen Beamtenbundes RLP (dbb-RLP) Axel Schaumburger** stellte hierzu fest, dass es nur dem beharrlichen Engagement des Deutschen Beamtenbundes und seiner Mitgliedschaften zu verdanken ist, dass die Landesregierung von den verordneten 5 x 1 % Besoldungssteigerungen abgewichen ist und zuletzt die Tarifierhöhung aus dem TVL inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen hat. Es wird erwartet, dass sich die Landesregierung an ihr Versprechen hält, auch das nächste Tarifergebnis in 2019 auf den Beamtenbereich zu übertragen. Zudem wurden zwei zusätzliche Steigerungen von jeweils 2 % in Aussicht gestellt, ab Juli 2019 jeweils zur Jahresmitte.

Ob das ausreichen wird, um die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz aus dem Bezahlungskeller aller Bundesländer und dem Bund zu holen, darf zu Recht angezweifelt werden.

Andere Bundesländer legen bei der Besoldung zwischenzeitlich kräftig nach, um im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte überhaupt ansatzweise konkurrenzfähig zu bleiben.

Denn, so der stellvertretende **BSBD-Landesvorsitzende Bruno Vogt**, der für den verhinderten Kollegen **Winfried Conrad** aus Wittlich angereist war, „die Justizvollzugsbediensteten haben es mit dem gefährlichsten und schwierigsten Klientel zu tun, bei denen alle Institutionen zuvor versagt haben und der Vollzug soll es wieder richten“. Aus diesem Grunde haben die Bediensteten

des Justizvollzuges mindestens die Teilnahme an der durchschnittlichen Lohnentwicklung mehr als verdient. Er fordert daher weitere deutliche Besoldungserhöhungen, um wenigstens Teile des Einkommensrückstandes wett machen zu können! Insbesondere die seit über vier Jahrzehnten geforderte Angleichung der Gefahrenzulage an das Niveau der Polizei soll zwar 2020 kommen, wobei aber im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage nicht wieder hergestellt werden soll!

Angesichts des vor ca. fünf Jahren in Kraft getretenen **Landesjustizvollzugsgesetzes (LJVollzG)** forderte er die **Einstellung von deutlich mehr Personal**, anstelle des bereits durchgeführten Personalabbaus, um die künftigen zusätzlichen Aufgaben überhaupt ansatzweise bewältigen zu können.

Die Zweibrücker Vollzugsbediensteten haben die „Schnauze gründlich voll“ und fordern Gerechtigkeit, auch bei der Bezahlung und eine ordentliche Personalausstattung!, so **BSBD-Ortsverbandsvorsitzender Robert Grünngel** bei seinem Geschäftsbericht. Die Bediensteten wollen keine Almosen, sondern lediglich Arbeitsbedingungen,

die unter den genannten schwierigen Bedingungen des Berufsfeldes auch erträglich sind und nicht zu erhöhten Personalausfällen durch Krankheit führen und dies bei annehmbarer Bezahlung und nicht als „Rote Laterne“ im Vergleich zu allen Bundesländern!

Die nachfolgend aufgeführten Bediensteten wurden für langjährige Treue zum BSBD geehrt:

10 Jahre Mitgliedschaft

Jürgen Buchholz, Bernd Cebulla, Christian Georgi, Rommy Kämmer, Uwe Klingler, Yvonne Malter, Marcus Seibel, Ulrike Vogelgesang, Vera Willer, Desiree Wolter, Markus Ziehl.

25 Jahre Mitgliedschaft

Harry Aldorf, Hans Jürgen Engelbrecht, Dunja Hertel, Dieter Kircher, Marion Kohr, Thomas Kuntz, Tanja Obst, Frank Schieber, Norbert Schneider.

35 Jahre Mitgliedschaft

Gerhard Gruber, Bernd Schönenberger.

40 Jahre Mitgliedschaft

Roland Schwarz.

45 Jahre Mitgliedschaft

Alwin Schaumburger.

50 Jahre Mitgliedschaft

Diethard Sdorra. ■

Mitglieder der AG gehobener Dienst sind enttäuscht

Laufbahnangehörige werden am Beförderungstermin 18. Mai 2019 nicht jubilieren können



Ann-Kathrin Breier.

Foto: BSBD RLP

Das **Arbeitstreffen** der **BSBD-Gruppe** gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst und der Landesarbeitsgemeinschaft stand im Zeichen des Haushaltsentwurfes 2019/2020. Es ist absehbar,

dass die Laufbahnangehörigen am Beförderungstermin 18. Mai nicht jubilieren können.

Nur im Bereich der Beförderungsmöglichkeiten zu A10 ist die Welt noch in Ordnung. Ansonsten ist eine „Nullrunde“ angesagt. Keine weiteren Beförderungen sind vorgesehen. Bei steigender Arbeitsverdichtung und den erheblichen personellen Problemen wird dies nicht die Motivation der Kolleginnen und Kollegen verbessern. Auch der Entscheidungsdruck, der sich nach dem Urteil des LG Limburg noch verschärft hat, belastet die Mitglieder dieser Laufbahn.

Wir müssen auch über den Beruf des/der Vollzugs- und Verwaltungsabteilungsleiters/in die Öffentlichkeit informieren, so die neue Fachgruppenvertreterin **Ann-Katrin Breier**, um auch zukünftig Nachwuchskräfte zu gewinnen. ■